



BÜNDNIS DER BÜRGERINITIATIVEN

KEIN FLUGHAFENAUSBAU - FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT



Über 80 Initiativen im Rhein-Main-Gebiet

BBI Bündnis der Bürgerinitiativen - Kapellenstr. 33 - 65439 Flörsheim

Deutsche Post 

01/14 0,60
A0 012F 42AC
00 0000 01AC

Herrn Minister Tarek Al-Wazir
Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Energie, Verkehr und Landesentwicklung
Kaiser-Friedrich-Ring 75
65185 Wiesbaden

Thomas Scheffler
Bündnissprecher | Schatzmeister
Telefon 06145 502150
scheffler@flughafen-bi.de

Dietrich Elsner
Bündnissprecher
Telefon 06131 5863159
elsner@flughafen-bi.de

Kapellenstraße 33
65439 Flörsheim am Main

29. Januar 2014

Forderungen für die ersten 100 Tage im Amt

Sehr geehrter Herr Minister Al-Wazir,

seit dem 18. Januar sind Sie Hessischer Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung und damit für uns als flughafenausbaugeschlagte Bürgerinnen und Bürger und Aktive in den Bürgerinitiativen offizieller Ansprechpartner für unsere Sorgen und Forderungen. Manche von uns verbinden mit Ihrer Ernennung Hoffnungen, viele sind begrifflicherweise sehr skeptisch, ob grüne Ziele und Werte nicht unter dem schwarzen Übergewicht zunichte gemacht werden. Das Gegenteil zu beweisen wird schwer, dennoch wäre es eine Chance, verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen und dazu wünschen wir Ihnen und Ihren Mitstreitern alle erdenkliche Kraft.

Zu Ihrem Amtsantritt möchten wir Ihnen versichern, dass wir Bürgerinitiativen noch da sind und wir werden keine Ruhe geben, bis wieder angemessene Ruhe in der Region herrscht. Ihre Position in einer CDU-dominierten Regierung ist uns klar, aber da die Grünen in Hessen die Entscheidung zur Regierungsbeteiligung getroffen haben, werden wir nicht aufhören, Sie an Ihre eigenen Wahlversprechungen zu erinnern

Ihr Vorgänger Florian Rentsch hat Ihnen als eine seiner letzten Amtshandlungen ein Kuckucksei hinterlassen: Die Genehmigung des von der Fraport beantragten „**Incentive Programm FRACONnect**“, mit dem eine künstliche Erhöhung der Flugbewegungszahlen durch ein unmoralisches Rabattsystem forciert werden soll. Wir fordern Sie auf, ein frühes Zeichen zu setzen und in einer ersten Amtshandlung diese - auch schon formal unzulässige - Genehmigung zu kippen. So könnten Sie dem Spuk eines unanständigen Anreizprogramms zur Steigerung der Flugbewegungen mit dem damit einhergehenden Fluglärm und den Schadstoff-Emissionen in der Region unverzüglich ein Ende bereiten. Eine „Deckelung der Zahl der Flugbewegungen“ haben Sie versprochen: Hier ist die erste Chance, das zu tun.

Einen „**Verzicht auf den Bau des Terminal 3**“ wollten Sie durchsetzen, diese Forderung verkam zu einer „Bedarfsprüfung“, die in das Belieben der Fraport AG gestellt ist. Sie wissen wie wir, dass der Ballungsraum Rhein-Main diesen für 25 Millionen weitere Passagiere dimensionierten Ausbau nicht verkräften wird. Schon die Nord-West-Landebahn ist raumunverträglich, ein Terminal 3 würde das Ende der Bewohnbarkeit dieser Region bedeuten.

Südlich des Flughafens sind für die Realisierung des Terminals 3 ca. 100 Hektar Wald bedroht. Der ehemalige Bannwald soll für Autobahnzubringer, S-Bahntrasse, Ausweitung des Kiesabbaus am Langener Waldsee und zugehörige Arbeitswege abholzt werden. Das alles in einer ohnehin schon durch Lärm, Schadstoffe, Trinkwassergefährdung und Klimabeeinträchtigung hoch belasteten Region. Am kommenden Sonntag (02.02.) werden wir Bürgerinitiativen der Bevölkerung vor Ort den geplanten Waldfrevel vor Augen führen. Kein verantwortlicher grüner Politiker sollte zu einer solchen Vernichtung der letzten Reste von grüner Lunge im Rhein-Main-Gebiet Beihilfe leisten. Lassen Sie das nicht zu und sorgen Sie in einem ersten Schritt für die **Wiederherstellung des Bannwaldstatus für den Treburer Oberwald**.

Auf der Landebahn Nordwest gilt ein **Verbot der Nutzung der sog. Schubumkehr** zum Abbremsen der Flugzeuge. Es wird berichtet, dass immer wieder dieses Verbot ignoriert und im wahrsten Sinne des Wortes ein Höllenlärm produziert wird. Fraport scheint für die Einhaltung des Verbots nicht zuständig zu sein und sich auch nicht dafür zu interessieren. Schreiben Sie deshalb eine kontinuierliche Beobachtung des Landeverhaltens durch Fraport vor und führen Sie Bußgelder bei fahrlässigen und vorsätzlichen Verstößen ein.

Das **Dachsicherungsprogramm in Flörsheim und Raunheim** kommt nur schleppend voran.

Ein Beispiel: Eine zweifelsfrei im Anspruchsgebiet gelegene Eigentümergemeinschaft hat als eine der ersten bereits im Juni 2013 die Sicherung der Dächer ihrer Liegenschaft verlangt. Erst jetzt - also nach acht Monaten - zeichnet sich ab, dass endlich eine Durchführungsvereinbarung mit Fraport geschlossen werden kann. Ein Ausführungstermin wird immer noch nicht genannt.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass Fraport die Umsetzung des Programms verschleppt und ein bürokratisches Bollwerk errichtet hat, um möglichst wenige Dachsicherungen durchführen zu müssen. Wenn Sie diesem Treiben nur passiv zusehen, machen Sie sich mitschuldig an allen Verletzungen und Schäden, die durch Wirbelschleppen verursacht werden. Fordern Sie von Fraport regelmäßige Berichte über den Status des Dachsicherungsprogramms an und ordnen Sie für „wirbelschleppen-trächtige“ Wetterlagen Überflugverbote für große Maschinen an, solange kein ausreichender Umsetzungsgrad erreicht ist.

Mit Eintritt in die Landesregierung sind Sie **Prozesspartei** in den vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof anhängigen Verfahren geworden. Als Vertreter des beklagten Landes Hessen haben Sie es nun in der Hand, die Prozessstrategie Ihrer Verteidiger zu bestimmen. Machen Sie davon Gebrauch und sorgen dafür, dass die berechtigten Argumente der Kläger endlich berücksichtigt werden.

Auf der **Homepage des HMWVL** im Internet befindet sich noch immer die Jubelarie Ihres Vorgängers zur Notwendigkeit des Flughafenausbaus. Zitat (abgerufen am 29.01.2014 um 08:30 Uhr):

Durch die wachsende Mobilitätsnachfrage im Luftverkehr muss der Flughafen ausgebaut werden. Mit der Erweiterung wird seine Wettbewerbsfähigkeit gesichert und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Schätzungen zufolge werden dadurch 34.000 Arbeitsplätze in Hessen und weitere 57.000 im gesamten Bundesgebiet generiert. Der Flughafen ist damit Job-Motor für ganz Deutschland.

Es ist an der Zeit, diese fatalen – auch sachlich nicht haltbaren – Aussagen zu überarbeiten und die hoffentlich gewandelte Einschätzung Ihres Ministeriums zur Bedeutung des Flughafens Frankfurt der Öffentlichkeit kund zu tun.

Sie haben sich im Wahlkampf für „**ein absolutes Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00**“ eingesetzt, nun ist nur noch die Rede von siebenstündigen Lärmpausen, die den Lärm nicht verringern, sondern nur verschieben. Schon holt die Luftverkehrslobby zum nächsten Schlag aus: Ihr Vorgänger Dieter Posch macht sich auf Bundesebene gemeinsam mit der Luftverkehrswirtschaft stark für eine Aushebelung des Nachtflugverbots und eine Aushebelung der Länderhoheit in Sachen Flugverkehr: In der Vergangenheit seien entsprechende Entscheidungen „zu sehr aus lokaler und regionaler Betroffenheit“ gefällt worden.

Weisen Sie mit Ihrer ganzen Ministervollmacht diese Ansinnen zurück. Lassen Sie nicht zu, dass unter einem grünen Minister die Rechte der Lärmbetroffenen auf Leben, Gesundheit und Lebensqualität noch weiter beschnitten werden zu Gunsten eines hemmungslosen Wachstumswahnsinns. **Bei einem mit den Ländern ausgehandelten nationalen Luftverkehrskonzept muss der Lärmschutz und die Gesundheitsfürsorge für die Bevölkerung Priorität haben und es muss ein Konzept sein, das in diesem Sinne die Koordinierung aller Verkehrsarten beinhaltet.**

Wir fassen unsere Forderungen für die ersten 100 Tage Ihrer Amtszeit zusammen:

- **Incentive-Programm:** Rücknahme der Rentsch-Genehmigung
- **Treburer Oberwald:** Wiederherstellung des Bannwaldstatus
- **Schubumkehr-Verbot:** Anordnung Überwachung und Ahndung von Verstößen
- **Dachsicherungsprogramm:** Monitoring und Überflugverbote
- **Prozesse vor dem VGH:** Revision Verteidigungsstrategie des Landes Hessen
- **HMWVL-Homepage:** Entfernung der Jubelarien und Falschinformationen zum Flughafenausbau
- **Nationales Luftverkehrskonzept:** Verteidigung der Befugnis der Bundesländer, über Flughafen- und Betriebsgenehmigungen zu entscheiden; Verteidigung und Ausweitung des Nachtflugverbots sowie Abkehr von der Vorstellung, den Frankfurter Flughafen zu einem Mega-Hub auszubauen.

Sie sind jetzt Hessischer Wirtschafts- und Verkehrsminister, tun Sie alles dazu, was in Ihrer Macht steht.
Sie wollten die Macht. Nutzen Sie sie!

Mit freundlichen Grüßen



Dietrich Elsner



Thomas Scheffler